

Gesetzentwurf

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

**Gesetz zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019
(Amtszeitenregelungsgesetz-AmtszeitenRG)**

Gesetzentwurf

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Gesetz zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 (Amtszeitenregelungsgesetz - AmtszeitenRG)

A. Problem

Der Landtag hat am 13. Juli 2016 als Bestandteil des Gesamtrahmens der Verwaltungsstrukturreform 2019 ein Leitbild für eine landesweite gesetzliche Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte beschlossen (Drucksache 6/4528-B, unter II.). Eine solche Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte wird durch ein anderes Gesetz erfolgen. Jenes Gesetz wird der Vorgabe des Leitbildes Rechnung zu tragen haben, dass die Zahl der kreislichen Verwaltungen deutlich reduziert werden soll (Drucksache 6/4528-B, II.3.). Das Gesetz wird also die Auflösung sowie die Neubildung von Landkreisen anordnen. In den neugebildeten Landkreisen sind dann die Landrätin oder der Landrat erstmals zu wählen. Wird eine bisherige Amtsinhaberin oder ein bisheriger Amtsinhaber eines aufgelösten Landkreises im neugebildeten Landkreis erneut gewählt, wird mit dieser oder diesem ein neues Beamtenverhältnis auf Zeit begründet. Wird eine ehemalige Amtsinhaberin oder ein ehemaliger Amtsinhaber hingegen nicht gewählt, tritt sie oder er gleichwohl wie die übrigen Beamtinnen und Beamten in den Dienst des neugebildeten Landkreises über, mit dem das bisherige Beamtenverhältnis auf Zeit fortgesetzt wird (§ 31 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes in Verbindung mit §§ 16 bis 19 des Beamtenstatusgesetzes). Die Zahl der übertretenden kommunalen Landrätinnen und Landräte ist im Interesse der neu zu bildenden Landkreise möglichst gering zu halten.

B. Lösung

Zur Reduzierung der Zahl der in den Dienst der neu zu bildenden Landkreise übertretenden Landrätinnen und Landräte können und sollen die Amtszeiten der gegenwärtig bereits gewählten Personen nicht gesetzlich verkürzt werden. Eine gesetzliche Lösung kann und soll jedoch für die Fälle erfolgen, in denen vor den gesetzlichen Neubildungen von Landkreisen, die nach dem Leitbild des Gesetzgebers zum Tag der nächsten allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 in Kraft treten sollen (Drucksache 6/4528-B, II.1.), die Amtszeit einer Landrätin oder eines Landrates endet. Dieser Gesetzentwurf sieht daher Übergangsvorschriften nachfolgenden Inhalts vor. Mit ihrer bzw. seiner Zustimmung führt die Landrätin oder der Landrat das Amt bis zum Inkrafttreten gesetzlicher Neubildungen von Landkreisen fort. Ist die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber zur Fortführung nicht bereit, nimmt entweder die allgemeine Stellvertreterin oder der allgemeine Stellvertreter die Aufgaben wahr oder es findet eine Wahl für eine verkürzte Amtszeit bis zum Inkrafttreten gesetzlicher Neubildungen statt. Die Wahl soll hierbei durch den Kreistag erfolgen.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die angestrebte Begrenzung der Zahl in den Dienst neu zu bildender Landkreise übertretender Landrätinnen und Landräte kann nur durch Übergangsvorschrift erfolgen, die Regelungen für den Zeitraum vom Ende der Amtszeit einer Landrätin oder eines Landrates bis zur Neubildung der Landkreise treffen. Eine Erreichung dieses Ziels auf andere Weise und mit der gleichen Effektivität ist nicht möglich.

II. Zweckmäßigkeit

Die Vorschriften dieses Gesetzentwurfes sind geeignet, die erstrebten Ziele zu erreichen. Mit der Fortführung des Amtes der Landrätin oder des Landrates bzw. der Wahrnehmung der Aufgaben durch die allgemeine Stellvertreterin oder den allgemeinen Stellvertreter oder einer Wahl für eine verkürzte Amtszeit wird erreicht, dass die Beamtenverhältnisse auf Zeit mit der Auflösung der Landkreise enden und die neu zu bildenden Landkreise keine Beamtenverhältnisse mit entsprechend gewählten Personen fortsetzen. In die Rechte bereits gewählter Landrätinnen und Landräte, deren in Lauf gesetzte Amtszeiten den Tag der gesetzlichen Neubildung von Landkreisen überdauern werden, wird indes nicht eingegriffen.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Die Bürgerinnen und Bürger werden die Landrätin oder den Landrat für den bezeichneten Übergangszeitraum nicht (erneut) durch eine unmittelbare Wahl direkt legitimieren. Es führen indes entweder demokratisch legitimierte Amtsinhaberinnen oder Amtsinhaber ihre Amtszeit fort, demokratisch legitimierte Stellvertreterinnen oder Stellvertreter nehmen die Aufgaben wahr oder eine demokratische Legitimation der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises erfolgt bei einer mittelbaren Wahl indirekt durch den Kreistag, der seinerseits durch einen Wahlakt der Bürgerinnen und Bürger legitimiert ist. Auswirkungen auf die Wirtschaft ergeben sich nicht. Für die Verwaltung entfällt in der Übergangszeit der Mehraufwand, welcher mit der Durchführung unmittelbarer Wahlen der Landrätinnen und Landräte verbunden ist.

D. Zuständigkeiten

Zuständig ist der Minister des Innern und für Kommunales.

Gesetzentwurf für ein

Gesetz zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019

(Amtszeitenregelungsgesetz – AmtszeitenRG)

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Ende der Amtszeit der Landrätin oder des Landrates

Endet die Amtszeit der Landrätin oder des Landrates vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019, findet keine Wahl nach § 126 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32 S. 23) geändert worden ist, und § 83 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juli 2009 (GVBl. I S. 326), das zuletzt durch das Gesetz vom 27. März 2017 (GVBl. I Nr. 6) geändert worden ist, statt. Dies gilt auch in den Fällen eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Amt aus anderen Gründen. Die Rechtsfolge des § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes vom 3. April 2009 (GVBl. I S. 26), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Januar 2016 (GVBl. I Nr. 3 S. 2) geändert worden ist, tritt mit Ablauf der Amtszeit bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch ohne Erklärung der Zustimmung nach § 2 Satz 1 ein.

§ 2

Fortführung des Amtes der Landrätin oder des Landrates

Nach Ablauf der Amtszeit nach § 1 Satz 1 führt die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber das Amt mit ihrer oder seiner Zustimmung bis zum Ablauf des Tages vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 im Beamtenverhältnis auf Zeit fort. Die Zustimmung zur Fortführung des Amtes ist schriftlich gegenüber dem Dienstvorgesetzten zu erklären. Führt eine Amtsinhaberin oder ein Amtsinhaber ihre oder seine erste Amtszeit fort, findet nach deren Ablauf § 122 Absatz 6 des Landesbeamtengesetzes Anwendung. Die Rechtsfolge des § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes tritt mit Ablauf des Tages vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch ohne Erklärung der Bereitschaft zur Wiederwahl ein.

§ 3

Wahl der Landrätin oder des Landrates und Wahrnehmung der Aufgaben der Landrätin oder des Landrates

Fehlt es an einer Zustimmung nach § 2 Satz 1 oder endet die Amtszeit aufgrund eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Amt aus anderen Gründen gemäß § 1 Satz 2, kann der Kreistag die Landrätin oder den Landrat für eine verkürzte Amtszeit bis zum Ablauf des Tages vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 wählen. Die Ernennung der Landrätin oder des Landrates erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Kreistages; sie oder er unterzeichnet die Ernennungsurkunde der Landrätin oder des Landrates. Erfolgt keine Wahl nach

Satz 1, nimmt die allgemeine Stellvertreterin oder der allgemeine Stellvertreter mit Ausnahme der Mitgliedschaft im Kreistag alle gesetzlich zugewiesenen Aufgaben der Landrätin oder des Landrates wahr.

§ 4

Anwendungsbereich

Mit Verkündung eines Gesetzes, durch welches Landkreise am Tag der allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 aufgelöst werden, gelten die §§ 1 bis 3 ausschließlich in den Landkreisen, die aufgelöst werden.

§ 5

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Beginn des Tages der allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 außer Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Britta Stark

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Der Leitbildbeschluss des Landtages vom 13. Juli 2016 (Drucksache 6/4528-B, unter II.) sieht die gesetzliche Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte vor. Ein entsprechendes Gesetz wird die Auflösung sowie die Neubildung von Landkreisen vorsehen. Ein neugebildeter Landkreis wird der Gesamtrechtsnachfolger der aufgelösten Landkreise sein, aus denen er gebildet wird. Die Beamtinnen und Beamten der aufgelösten Landkreise werden in den Dienst des neugebildeten Landkreises übertreten, mit dem das bisherige Beamtenverhältnis fortgesetzt wird (§ 31 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes in Verbindung mit §§ 16 bis 19 des Beamtenstatusgesetzes). Die übertretenden Beamtinnen und Beamten sind in einem gleich- oder geringer wertigen Amt weiter zu beschäftigen (im Fall der zweiten Alternative jedoch unter Zahlung des Grundgehalts, das ihnen bei einem Verbleiben in ihrem bisherigen Amt zugestanden hätte, § 50 Satz 1 und 2 des Brandenburgischen Besoldungsgesetzes) oder in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Diese Rechtsfolgen gelten auch für die kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit, mithin auch die Landrätinnen und Landräte. Im Interesse der neugebildeten Landkreise ist Zahl der übertretenden Landrätinnen und Landräte daher möglichst gering zu halten.

Ein gesetzlicher Eingriff zur Verkürzung der Amtszeiten gegenwärtig bereits gewählter Amtsträgerinnen und Amtsträger, die über den Tag der gesetzlichen Neubildung von Landkreisen hinaus andauern werden, verbietet sich. Auf zukünftige Wahlen der Landrätin oder des Landrates kann jedoch durch eine gesetzliche Regelung Einfluss genommen werden. Eine Reduzierung der Zahl in den Dienst neu zu bildender Landkreise übertretender Personen kann dadurch erreicht werden, dass die Wahl für eine regelmäßige, achtjährige Amtszeit, die über den Tag der Auflösung eines Landkreises fort dauern würde, nicht erfolgt. Vorgesehen werden soll stattdessen die Fortführung des Amtes durch die Amtsinhaberin oder den Amtsinhaber oder die Wahl für eine verkürzte Amtszeit. Regelungsziel ist, in allen Fällen, die Ausübung des kommunalen Wahlamts zeitgleich mit der Auflösung des Landkreises enden zu lassen, um einen Übertritt in den Dienst des rechtsnachfolgenden Landkreises zu vermeiden. Alternativ ist die Wahrnehmung der Aufgaben durch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter denkbar. Dieses Gesetz trifft die entsprechenden Anordnungen.

B. Besonderer Teil

§§ 1 bis 3 sind Übergangsregelungen für den Zeitraum vom Tag ihres Inkrafttretens bis zum Tag der Neubildung der Landkreise, also vom Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes bis zum Tag der nächsten allgemeinen Kommunalwahlen. Scheidet eine Landrätin oder ein Landrat aus dem Amt aus, steht infolgedessen eine Neu- oder Wiederwahl an.

Sinn und Zweck der §§ 1 bis 3 ist es, im Vorfeld der Neugliederung der Landkreise die reguläre Direktwahl von kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten (Landrätinnen oder Landräte) für eine komplette achtjährige Amtszeit unmittelbar vor der Landkreisgebietsreform durch eine Fortführung der Amtszeit durch die bisherige Amtsinhaberin oder den bisherigen Amtsinhaber oder durch eine indirekte Wahl für eine verkürzte Amtszeit zu ersetzen. Damit soll die Anzahl der Landrätinnen und Landräte, die nach den beamtenrechtlichen Vorschriften mit der Neubil-

derung eines Landkreises in diesen übertreten werden, möglichst gering gehalten werden.

Die Regelung findet Anwendung auf Wahlen der Landrätin oder des Landrates in allen Landkreisen. Dies ist mit Blick auf die Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg, deren Grundlage das vom Landtag am 13. Juli 2016 beschlossene Leitbild (Drucksache 6/4528-B, unter II.) ist, geboten.

Insbesondere ist eine Beschränkung der hier vorgesehenen Regelung lediglich auf eine ausgewählte Zahl der Landkreise nicht möglich. Eine solche könnte nur erfolgen, wenn auf Basis des Leitbildes bereits feststünde, welche Landkreise von der landesweiten Neugliederung keinesfalls betroffen sein werden. Der Kanon aller Leitbildkriterien lässt jedoch eine Ermittlung von Landkreisen, die aufgrund der Erfüllung aller Leitbildkriterien jedenfalls fortbestehen werden, nicht zu. Dies zeigen schon die vertiefenden Ausführungen zur Vorgabe, dass Landkreise bezogen auf das Jahr 2030 mindestens 150 000 und in der Regel mehr als 175 000 Einwohnerinnen und Einwohner haben sollen (Drucksache 6/4528-B, unter II.4.) Hier wird ausgeführt: „Dies bedeutet gleichwohl, dass Landkreise die Zahl von 175.000 Einwohnerinnen und Einwohnern prognostisch im Jahr 2030 - ggf. auch deutlich - überschreiten können. Entsprechende Landkreise können gebildet werden. Derzeit bestehende Landkreise, die diesen Wert alleine erreichen werden, können fortbestehen, können aber auch in die Neubildung eines Landkreises einbezogen werden, wenn dies aus Gründen des öffentlichen Wohls geboten erscheint.“ Da diese Vorgaben die Berücksichtigung aller bestehenden Landkreise bei einer Neugliederung der Landkreise und mithin ihre Auflösung zulassen, greifen die Gründe die Anordnung einer lediglich verkürzten Amtszeit bis zur möglichen Auflösung des Landkreises uneingeschränkt für alle Landkreise ein.

Erst mit der Verkündung eines vom Landtag beschlossenen Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte wird feststehen, welche Landkreise fortbestehen werden. Ab diesem Zeitpunkt beschränkt § 4 deshalb den Anwendungsbereich der §§ 1 bis 3 auf die Landkreise, die in Landkreisneubildungen einbezogen werden. § 5 regelt das Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Gesetzes.

Zu § 1 (Ende der Amtszeit der Landrätin oder des Landrates):

Dem geschilderten Gesetzeszweck entsprechend ordnet § 1 in Abweichung von § 126 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und § 83 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes den Verzicht auf eine unmittelbare Wahl der Landrätin oder des Landrates für eine reguläre achtjährige Amtszeit an, wenn die Amtszeit einer Amtsinhaberin oder eines Amtsinhabers vor dem Inkrafttreten aus dem Amt endet. Diese kann regulär enden (§ 1 Satz 1), aber auch durch vorzeitiges Ausscheiden (zum Beispiel Erreichen der Altersgrenze, Ablauf der Amtszeit, Abwahl, Versetzung in den Ruhestand, § 1 Satz 2). Statt einer Wahl einer Amtsinhaberin oder eines Amtsinhabers für eine reguläre volle Amtszeit führt stattdessen die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber das Amt nach § 2 Satz 1 übergangsweise fort oder es findet eine Wahl nach § 3 Satz 1 statt.

§ 1 Satz 3 ermöglicht der Amtsinhaberin oder dem Amtsinhaber – neben der Alternative der Fortführung des Amtes (§ 2 Satz 1) – nach Ablauf der ursprünglichen Amtszeit den Eintritt in den Ruhestand nach § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes. Grundsätzlich ist hierzu die Bereitschaft zur Wiederwahl erforderlich. Aufgrund der Sonderregelungen für die Übergangszeit bis zu den gesetzlichen Neubildungen der Landkreise entspräche dieser die Zustimmung zur Fortführung des Amtes nach § 2 Satz 1. Die Abgabe einer solchen Erklärung ist ausnahms-

weise für den Eintritt in den Ruhestand nicht erforderlich. Die übrigen Tatbestandsvoraussetzungen des § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes müssen hingegen vorliegen.

Zu § 2 (Fortführung des Amtes der Landrätin oder des Landrates):

§ 2 Satz 1 ordnet die Fortführung des Amtes durch die bisherige Amtsinhaberin oder den bisherigen Amtsinhaber an. Diese Regelung findet ihr Vorbild in § 29 Absatz 2 des Gesetzes zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landkreisneuordnungsgesetz - LNOG M-V) vom 12. Juli 2010 (GVBl. M-V S. 366).

Die Vorschrift ist mit den Staatsstrukturprinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit nach Artikel 2 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 (GVBl. S. 298), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2015 (GVBl. I Nr. 6) geändert worden ist und Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2438) geändert worden ist, sowie mit dem Recht auf kommunale Selbstverwaltung aus Artikel 97 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg und Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes vereinbar.

Die Fortführung der Amtszeiten der Mitglieder kommunaler Vertretungskörperschaften sind an den Vorgaben des Demokratieprinzips und der Rechtsstaatlichkeit zu messen. Eine gesetzliche Erweiterung der laufenden Wahlperioden ist nur unter sehr engen Voraussetzungen zulässig (vgl. Schumacher/Nobbe, in: PdK, BbgKWahlG, Stand: 02/2014, § 4 Erl. 5 m.w.N.). Zwar ist der Gesetzgeber grundsätzlich nicht befugt, nach Durchführung einer Wahl die Amtsdauer der bereits gewählten Kommunalorgane zu verändern (Bayerischer Verfassungsgerichtshof, Entsch. V.13. Februar 1958 – Vf. 148-IV-56, VerwRspr 1958, 644 = BeckRS 1958, 839). Denn die Wahlentscheidung ist unter den zum Wahlzeitpunkt festliegenden Bedingungen getroffen worden, zu denen auch die vorher bestimmte Dauer der Legitimation gehört (ebd.). Wichtige Gründe des Gemeinwohls können jedoch die verhältnismäßig kurze Fortführung der Wahlperiode der kommunalen Vertretungen durch landesgesetzliche Regelungen rechtfertigen, wenn dies im Rahmen von Neugliederungen geschieht (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 8. August 1972, Niedersächs. Min.BI. S. 1212, vgl. auch Bayerischer Verfassungsgerichtshof, Entsch. v. 16. Mai. 1972, BayVBl. 1972, 326, beides zitiert nach Staatsgerichtshof für Baden-Württemberg, Urt. v. 15. Juni 1974, ESVGH 24, 155 (158). Für die Verfassungsmäßigkeit der Verschiebung des Wahltermins für eine Volksvertretung kommt es entscheidend auf die Dauer des Hinausschiebens einerseits und auf die Gründe für die Maßnahme andererseits an (Staatsgerichtshof für Baden-Württemberg, Entsch. v. 7. September 1959, BWVBl. 159, S. 185 (190), zitiert nach Staatsgerichtshof für Baden-Württemberg, Urt. v. 15. Juni 1974, ESVGH 24, 155 (158).

Die Verfassungsmäßigkeit der Fortführung des Amtes kommunaler Wahlbeamtinnen und Wahlbeamter ist hingegen nicht an diesen Maßstäben zu messen. Sie sind nicht Hauptorgane der Gebietskörperschaft und sogar für die Hauptverwaltungsbeamtin oder den Hauptverwaltungsbeamten ist die Ausgestaltung einer direkten Wahl verfassungsrechtlich nicht geboten. Es handelt sich daher nicht um eine Frage verfassungsrechtlicher Wahlgrundsätze. Vielmehr ist der Bereich der kommunalen Selbstverwaltung berührt (Staatsgerichtshof für Baden-Württemberg, Urt. v. 15. Juni 1974, ESVGH 24, 155 (158, 159).

Durch die hier angeordnete Fortführung des Amtes durch die bisherige Amtsinhaberin oder den bisherigen Amtsinhaber wird indes auch das Recht auf kommunale Selbstverwaltung nicht verletzt. Es handelt sich um einen zulässigen Eingriff, da – unter Übertragung der für die Mitglieder kommunaler Vertretungskörperschaften geltenden Grundsätze – die Amtszeiten aus Gründen des öffentlichen Wohls lediglich für einen relativ kurzen Zeitraum fortgeführt werden. Im Rahmen der beabsichtigten Landkreisneugliederung sind (finanzielle) Belastungen der neugebildeten Landkreise zu vermeiden. Angesichts der in den Landkreisen endenden Amtszeiten von Landrätinnen und Landräten wird die maximale Dauer der Fortführung eines Amtes gut eineinhalb Jahre betragen.

Wie bereits zu § 1 ausgeführt, kann die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber zwischen der hier beschriebenen Fortführung des Amtes und der Alternative des Eintritts in den Ruhestand (§ 1 Satz 3) wählen.

§ 2 Satz 1 benennt den Zeitraum der Fortführung des Amtes und bestimmt, dass dies im Beamtenverhältnis auf Zeit erfolgt. Damit ist die Weitergeltung aller status-, besoldungs- und versorgungsrechtlichen Bestimmungen für kommunale Wahlbeamte auch in diesem Zeitraum sichergestellt. Da über die §§ 1 bis 3 hinaus keine von den allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen für Beamte auf Zeit abweichenden Regelungen vorgesehen sind, gelten die §§ 122 ff. des Landesbeamtengesetzes grundsätzlich auch in den Fällen der § 2 Satz 1 und § 3 Satz 1.

Adressat und Form der Zustimmung für die Fortführung des Amtes in § 2 Satz 2 entsprechen den gesetzlichen Regelungen für die Abgabe einer Bereitschaftserklärung für die Wiederwahl indirekt zu wählender kommunaler Wahlbeamter (§ 123 Absatz 4 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes).

§ 2 Satz 3 stellt klar, dass die Fortführung des Amtes das Rückkehrrecht nach § 122 Absatz 6 des Landesbeamtengesetzes unberührt lässt. § 2 Satz 4 bewirkt, dass mit Ablauf der Zeitspanne der Fortführung des Amtes der Eintritt in den Ruhestand auch ohne das Erfordernis einer Bereitschaftserklärung nach § 122 Absatz 3 des Landesbeamtengesetzes erfolgt, sofern alle übrigen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Diese Ausnahmeregelung für den Fall des Eintritts in den Ruhestand steht einer erneuten Wahl zur kommunalen Wahlbeamtin oder zum kommunalen Wahlbeamten sowohl im fortbestehenden Landkreis als auch in einer anderen (neugebildeten) neuen Gebietskörperschaft und der darauf basierenden Begründung eines neuen Beamtenverhältnisses auf Zeit indes nicht entgegen.

Zu § 3 (Wahl der Landrätin oder des Landrates und Wahrnehmung der Aufgaben der Landrätin oder des Landrates):

§ 3 trifft Vorkehrungen für den Fall, dass eine Amtsinhaberin oder ein Amtsinhaber der Fortführung der Amtszeit nach § 2 Satz 1 nicht zustimmt. Die Amtsinhaberin oder der Amtsinhaber beenden in diesen Fällen ihre achtjährige Amtszeit durch Zeitablauf oder durch einen sonstigen Grund. Anstelle einer regulären Direktwahl einer Landrätin oder eines Landrates für eine achtjährige Amtszeit hat der Kreistag damit ein Auswahlmessen zwischen folgenden Alternativen:

§ 3 Satz 1 benennt die Variante 1: Der Kreistag wählt für eine verkürzte Amtszeit bis zum Wirksamwerden der Kreisneugliederungen eine neue Landrätin oder einen neuen Landrat. Hier ist ein Stellenausschreibungs- und Bewerberauswahlverfahren durchzuführen, denn es handelt sich um die künftige Besetzung der Stelle einer kommunalen Wahlbeamtin oder eines kommunalen Wahlbeamten mit einem

neuen Amtsinhaber, so dass die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen für die Erstwahl Anwendung finden.

§ 3 Satz 3 benennt die Variante 2: Die allgemeine Stellvertreterin oder der allgemeine Stellvertreter der Landrätin oder des Landrates nimmt mit Ausnahme der Mitgliedschaft im Kreistag die Aufgaben der Landrätin oder des Landrates bis zum Wirksamwerden der Kreisneugliederungen und der Wahl einer neuen Landrätin oder eines neuen Landrates des neuen Landkreises wahr.

Bei der Entscheidung für eine dieser zwei Varianten wird der Kreistag insbesondere den zeitlichen Aspekt zu berücksichtigen haben. Die Kreisneugliederungen werden am Tag der nächsten allgemeinen Kommunalwahlen, die voraussichtlich im Mai oder Juni 2019 am Tag der nächsten Europawahlen stattfinden werden, wirksam.

Beträgt die Dauer bis zum Ende der Übergangsphase noch viele Monate, so dürfte die Variante 1 die Vorzugslösung sein. Beträgt die Dauer bis zum Ende der Übergangsphase nur noch wenige Monate, dürfte im Regelfall die Variante 2 die sachgerechteste Lösung sein. Insofern ist zu berücksichtigen, dass auch die Vorbereitung und Durchführung einer mittelbaren Wahl der Landrätin oder des Landrates durch den Kreistag notwendigerweise mehrere Wochen dauert. In den Fällen einer längeren, über ein Jahr dauernden Vakanz ist die Stellvertreter-Variante keine geeignete Lösung.

Aufgrund der Kürze der Amtszeit wird die fünfjährige Wartezeit im Sinne versorgungsrechtlicher Vorschriften (§ 12 Absatz 1 Nummer 1 des Brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetzes vom 20. November 2013 (GVBl. I Nr.32), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2016 (GVBl. I Nr. 32) geändert worden ist, dann nicht erfüllt, wenn keine weiteren anrechenbaren Vordienstzeiten, sondern ausschließlich diese verkürzte Amtszeit für die Klärung des Ruhegehaltsanspruchs herangezogen werden kann. In diesen Fällen tritt als Rechtsfolge die Entlassung nach Maßgabe des § 122 Absatz 4 des Landesbeamtengesetzes ein (dann grundsätzlich Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung).

Zur Anwendbarkeit der allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen für Beamte auf Zeit im Übrigen gilt das zu § 2 Gesagte.

§ 3 Satz 2 ist die gesetzliche Zuständigkeitsbestimmung für Ernennung und Unterzeichnung der Ernennungsurkunde der Landrätinnen und Landräte nach indirekter Wahl. Aufgegriffen wird die durch Zeitablauf nicht mehr anwendbare Bestimmung in § 127 Absatz 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg auf. Sie entspricht inhaltlich dem Verfahren bei Amtsdirektoren (Ernennung durch den Vorsitzenden des Amtsausschusses, § 138 Absatz 2 Satz 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg).

Zu § 4 (Anwendungsbereich):

Nach den Vorgaben des Leitbildes des Landtags (Drucksache 6/4528, unter II.) ist es möglich, dass einzelne bereits für sich leitbildgerechte Landkreise im Rahmen der landesweiten Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte nicht in die Neubildungen von Landkreisen einbezogen werden. Auch der Referentenentwurf des Ministeriums des Innern und für Kommunales für ein Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vom 1. Dezember 2016 sieht lediglich die Auflösung von elf Landkreisen vor. Nach dem Referentenentwurf bestünden die Landkreise Märkisch-Oderland, Oberhavel und Potsdam-Mittelmark fort. Ab dem Tag der Verkün-

derung eines vom Landtag beschlossenen Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte wird feststehen, welche Landkreise nicht aufgelöst werden. Sobald diese Gewissheit eingetreten ist, tragen in diesen Landkreisen die angeführten Gründe für die Wahl kommunaler Wahlbeamtinnen und kommunaler Wahlbeamter lediglich für eine verkürzte Amtszeit nicht mehr.

Durch § 4 wird daher der Anwendungsbereich der Sondervorschriften ab dem Zeitpunkt der gesetzgeberischen Entscheidung für die Auflösung bestimmter Landkreise, um deren Gebiet in Neubildungen einzubeziehen, auf die Landkreise beschränkt, die von diesen Maßnahmen betroffen sind. Die von einer gesetzlichen Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte nicht betroffenen Landkreise sind hingegen ab diesem Zeitpunkt von den Anordnungen nach §§ 1 bis 3 ausgenommen. In den nicht betroffenen Landkreisen finden also die allgemeinen Vorschriften Anwendung. Scheiden also in diesen Landkreisen die Landrätin oder der Landrat aus dem Amt aus, ist eine regelmäßige Neuwahl für eine reguläre achtjährige Amtszeit nach § 126 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg durchzuführen.

Sofern in einem solchen, im Ergebnis nicht betroffenen Landkreis zuvor in der Zeit der Ungewissheit über die Betroffenheit eine Amtsinhaberin oder ein Amtsinhaber nach § 2 Satz 1 ihr oder sein Amt fortgeführt hat beziehungsweise die Wahl der Landrätin oder des Landrates für eine verkürzte Amtszeit nach § 3 erfolgt ist, bedarf es keiner besonderen Anordnung ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neubildung von Landkreisen. Die fortgeführte oder verkürzte Amtszeit endet auch in diesen Landkreisen mit dem Tag der nächsten allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019. Da diese Landkreise über diesen Tag hinaus fortbestehen werden, kann hier eine regelmäßige Wahl der Landrätin oder des Landrates nach den allgemeinen Vorschriften erfolgen. Eine Wahl oder Wiederwahl der Landrätin oder des Landrates kann also frühestens sechs Monate vor Freiwerden der Stelle erfolgen (§ 126 Absatz 2 Satz 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg). Ferner kann der Kreistag bei Wiederwahl durch Beschluss mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder von der Ausschreibung absehen. Dies ergibt sich für die Wahl der Landrätin oder des Landrates aus § 126 Absatz 2 Satz 2 und 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Zu § 5 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten):

§ 5 enthält die Regelungen zum Inkrafttreten und die Außerkrafttreten. Im Sinne des benannten Gesetzeszweckes ist ein Inkrafttreten der Übergangsregelungen am Tag nach der Verkündung geboten. Da der Übergangszeitraum mit der Neubildung der Landkreise am Tag der nächsten allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 endet, ist das Außerkrafttreten an diesem Tag angeordnet.